



- Es gilt das gesprochene Wort -

Grußwort

**„Zur Bedeutung von Schutz und Hilfe bei sexueller
Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in kommunalen
Verantwortungsbereichen“**

von

**Johannes-Wilhelm Rörig,
Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

anlässlich
Auftaktveranstaltung zum Thema Schutzkonzeptentwicklung
im Bezirk Treptow-Köpenick

am 14. Dezember 2017 in Berlin



Anrede

Als ich Ihre Einladung zur Auftaktveranstaltung erhielt, war ich hocherfreut. Ein Berliner Bezirk, Ihr Bezirk Treptow-Köpenick, startet die Entwicklung von Schutzkonzepten in allen Einrichtungen, die in seiner Zuständigkeit liegen. Ich danke der Leiterin des Jugendamtes Treptow-Köpenick, Iris Hölling, für diese Initiative und dieses Engagement!

Seit Ende 2011, seit dem Ende des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“, den die Bundesregierung im Jahr 2010 in Folge des damaligen Missbrauchsskandals eingerichtet hatte, setze ich mich bundesweit für die Einführung von Schutzkonzepten in Einrichtungen und Organisationen ein, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind. Nach sechs Jahren sage ich Ihnen: Es ist ein wirklich mühsames Geschäft. Ich bin konfrontiert mit viel Abwehr, Unverständnis und häufig mit falscher Prioritätensetzung.

Seit 2012 werbe ich für die Unterstützung der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches – und wir haben einiges vorangebracht: Die bundesweiten Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ und „Schule gegen sexuelle Gewalt“ sind 2013 und 2016 gestartet mit dem Ziel, Schutzkonzepte flächendeckend einzuführen.

Gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) wurde ein Monitoring bundesweit ausgerollt, mit dem wir den Stand der Entwicklung von Schutzkonzepten erheben.

Zudem habe ich 26 Vereinbarungen geschlossen, unter anderem mit der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), mit der Deutschen Ordensobernkonzferenz (DOK), den sechs Wohlfahrtsverbänden, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR), und auch mit dem Zentralrat der Muslime (ZMD). Auch mit den drei kommunalen Spitzenverbänden habe ich Vereinbarungen geschlossen. Jedoch muss ich leider feststellen, dass die Vereinbarungen mit dem Kommunalen Spitzen die inhaltsschwächsten sind. Sie haben bisher kaum eine spürbare Wirkung erzeugt. Kommunale Spitzen haben die Initiative „Kein Raum für



Missbrauch“ bisher nicht aufgegriffen. Begeisterung und ein ehrliches Engagement für den Kinder- und Jugendschutz sehen anders aus.

Deshalb habe ich mich über Ihre Einladung zur heutigen Auftaktveranstaltung umso mehr gefreut! Das Vorhaben des Jugendamtes Treptow-Köpenick zeigt, was in einer Kommune und in einem Bezirk möglich ist, wenn politischer Wille und fachlicher Sachverstand für den Schutz von Kindern und Jugendlichen zusammenkommen.

Ich bedanke mich für Ihre Initiative, Frau Hölling, und habe größten Respekt vor der Offenheit, Kraft und Unterstützung der politisch Verantwortlichen im Bezirk Treptow-Köpenick.

Wo steht Deutschland beim Schutz vor sexueller Gewalt? Was muss dringend passieren?

In meinem heutigen Grußwort möchte ich insbesondere zwei Fragen beantworten: Wie ist es aktuell um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Deutschland bestellt? Was muss dringend passieren?

Ich sage absichtlich etwas provokant: Wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt geht, so agieren Politik, Verwaltung und Gesellschaft oftmals nur halbherzig, nicht konsequent, nicht offensiv genug.

Statt dauerhafte Maximallösungen zu entwickeln, geben sich Politik, Verwaltung und Gesellschaft häufig schon mit kurzfristigen Minimallösungen zufrieden. Das ist ernüchternd, denn in Deutschland haben wir das Wissen und vor allem die Ressourcen, Kinder und Jugendliche viel besser zu schützen.

Ich frage mich immer wieder, warum diese Ressourcen nicht vollständig ausgeschöpft werden? Warum verweigern kinderschutzferne Finanzminister, Kämmerer und andere Verantwortliche zusätzliches Geld und Personal? Warum unterstützen sie den Kinder- und Jugendschutz nur halbherzig anstatt mit ganzer Kraft?



Unser bundesweites Monitoring mit dem DJI zeigt: Nur jede fünfte Kita verfügt über ein umfassendes Konzept für Schutz und Hilfe vor sexueller Gewalt. Potential- und Risikoanalysen erfolgen nur in jeder zehnten Kita. Ebenfalls nur jede fünfte Klinik wendet ein umfassendes Schutzkonzept an. Stationäre Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung sind zwar bei Beteiligung und Beschwerdeverfahren gut aufgestellt, dennoch verfügen zwei Drittel der Einrichtungen über kein umfassendes Schutzkonzept.

Über alle Handlungsfelder hinweg – wie Bildung und Erziehung, Freizeit und Sport, Gesundheit, religiöses Leben – zeigt das Monitoring zudem: Die Hälfte aller Einrichtungen und Organisationen wünscht sich dringend mehr substantielle Unterstützung für die Entwicklung und Einführung von Schutzkonzepten.

Diese Unterstützung muss dringend bereitgestellt werden. Hier in Treptow-Köpenick, im Land Berlin insgesamt - bundesweit.

Ausmaß und Dimension von sexuellem Kindesmissbrauch sind enorm

Seit dem Missbrauchsskandal im Jahr 2010 hat sich in Deutschland bei der Prävention, den Hilfen, der Forschung und der Aufarbeitung schon einiges bewegt. Es wurde teilweise mehr in Prävention und Intervention investiert. Das Thema ist bei vielen Trägern und vor Ort angekommen.

Auch die Gesetzgebung hat reagiert: Das Kinderschutzgesetz ist 2012 in Kraft getreten. Das Sexualstrafrecht wurde 2014 im Rahmen der Edathy-Gesetzgebung verschärft. Auch der strafrechtliche Schutz von Schutzbefohlenen wurde verbessert.

Dennoch sind die Fallzahlen weiterhin unverändert hoch. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist jährlich allein mehr als 12.000 angezeigte Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch auf. Das ist mindestens so erschreckend, wie die Gewissheit, dass das Dunkelfeld um ein Vielfaches größer ist.

Kinder und Jugendliche erleiden sexuelle Gewalt vornehmlich in der eigenen Familie und im sozialen Umfeld. Die Täter und Täterinnen sind



Väter, Onkel, Tanten, Opas und Freunde der Familie. Seltener und dennoch auch hier in erschreckend hohem Ausmaß erleiden Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt in Institutionen, wie Kirchen, Sportvereinen oder Schulen. Häufig erfahren sie sexuelle Gewalt auch durch Gleichaltrige und vermehrt, während sie digitale Medien nutzen. Dort sind Kinder und Jugendliche konfrontiert mit Pornografie, Exhibitionismus, Grooming und Erpressung. Im Netz findet Kinder- und Jugendschutz derzeit nicht statt!

Aus Forschungsberichten zum Beispiel aus den USA wissen wir: Die Fallzahlen zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gehen spürbar zurück, wenn umfassend in Prävention investiert wird. Leider sind wir in Deutschland von „umfassend“ noch weit entfernt!

Was muss in Deutschland dringend passieren?

Anfang Oktober diesen Jahres habe ich mein [Programm](#) „Jetzt handeln - Programm zur konsequenten Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Folgen“ für die 19. Legislaturperiode vorgestellt. Darin schlage ich der künftigen Bundesregierung sehr konkret vor, wie sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Folgen konsequenter bekämpft werden können.

Neben Vorschlägen zu Prävention und Intervention geht es in meinem Programm um die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts, um verbesserte Hilfen für Betroffene sexueller Gewalt, weiterhin um Aufarbeitung, Forschung und künftige gesetzliche Strukturen in meinem Themenfeld. Nicht alle Forderungen kann ich Ihnen heute vortragen, deswegen konzentriere ich mich auf den Bereich der Prävention und Intervention, konkret auf die Entwicklung von Schutzkonzepten.

Schutzkonzepte in Einrichtungen und Organisationen sind der Schlüssel für wirkungsvolle Prävention. Schutzkonzepte bieten Kindern und Jugendlichen Zugang zu Hilfe und unterstützen Einrichtungen, nicht selbst zum Tatort zu werden, sondern zu Schutzorten.

Einrichtungen und Organisationen fehlt es jedoch häufig an Zeit, Wissen sowie finanziellen und personellen Ressourcen, um Schutzkonzepte einzuführen. Deshalb brauchen Einrichtungen und Organisationen



maximale Unterstützung: bundesweit, durch ihre jeweiligen Träger und Dachorganisationen, im Land Berlin vom Senat, im Bezirk Treptow-Köpenick von Ihnen!

Bundesweite Modellprogramme zur Einführung von Schutzkonzepten

Um die Entwicklung von Schutzkonzepten vor Ort anzuschieben, sollten meine beiden bundesweiten Initiativen „Kein Raum für Missbrauch“ und „Schule gegen sexuelle Gewalt“, die umfassende fachliche Unterstützung für die Entwicklung von Schutzkonzepten bieten, nun in Modellprogramme des Bundes eingebettet werden.

Ich schlage vor, dass zehn Prozent aller Schulen in Deutschland, also rund 3.000 Schulen, schnellstmöglich eine Anschubfinanzierung von je 5.000 EUR erhalten. Diese Anschubfinanzierung sollte für die Entwicklung passgenauer Schutzkonzepte und für eine Kooperation mit spezialisierten Fachberatungsstellen verwendet werden.

Auch 2.000 Kitas oder Heime und weitere Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe sowie 1.000 Kliniken und Praxen sollten je 5.000 EUR Anschub erhalten. Von den Modellprogrammen beispielsweise im Schulbereich erhoffe ich mir eine Signalwirkung auf die 16 Bundesländer, die dadurch weiter ermutigt und aktiviert werden sollen, den übrigen 27.000 Schulen in Deutschland finanziellen Anschub für die Entwicklung von Schutzkonzepten zu geben.

Start der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ bis Ende 2018 in allen Bundesländern

Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ will bundesweit jede der 30.000 Schulen fachlich dabei unterstützen, Schutzkonzepte Schritt für Schritt zum gelebten schulischen Alltag werden zu lassen.

„Schule gegen sexuelle Gewalt“ habe ich 2016 in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den 16 Kultusbehörden ins Leben gerufen. Die Initiative wird zudem unterstützt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Verband Bildung und Erziehung (VBE), den



Lehrerverbänden, den Freien Schulträgern und dem Bundeselternrat. Auch der bei meinem Amt angesiedelte Betroffenenrat unterstützt die Initiative.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bayern und Rheinland-Pfalz sind bereits mit „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gestartet. Das Land Berlin ist bei seinen Planungen zur Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ leider bis heute nicht gut vorangekommen. Ich habe die stille Hoffnung, dass Sie von Treptow-Köpenick aus positive Signale bis in die Senatsverwaltung für Bildung aussenden. Bis Ende 2018 sollen alle Bundesländer die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gestartet haben.

Für die Initiative haben wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten eine DIN-A3- Infomappe für Schulen entwickelt, die hochwertige fachliche Materialien zur Entwicklung von Schutzkonzepten in Schulen enthält. Ergänzt wird diese fachliche Unterstützung durch das [Onlineportal](http://www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de) www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de.

Schauen Sie sich diese Materialien einmal genauer an. Sie finden dort wichtiges Basiswissen zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Informationen zu Prävention und Hilfen und zur Entwicklung von Schutzkonzepten zu jedem Bundesland, das schon gestartet ist. Zudem finden sich auf der Homepage von „Schule gegen sexuelle Gewalt“ länderspezifische Informationen zu Präventionsmaßnahmen und gesetzlichen Regelungen der Länder.

Kinderschutz ist eine Pflichtaufgabe –für die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen und die Bezirke

Erlauben sie mir abschließend nur noch einige wenige Worte. Sexueller Missbrauch ist ein permanentes und großes Problem unserer Gesellschaft. Das Thema sexueller Missbrauch gegen Kinder und Jugendliche unterliegt immer noch einem großen Tabu, bundesweit und überall. Es herrschen viel Unkenntnis und Unwissen vor. Viele Menschen wissen bis heute nicht, wo Missbrauch beginnt, wie strategisch Täter und Täterinnen vorgehen oder was sie bei Vermutung oder Verdacht tun können.



Noch immer wird viel zu oft weggeschaut, aus Angst und Scham, aus Unsicherheit und Unwissenheit, vielleicht auch aus Verzweiflung und Verstörung. Das damit verbundene Leid, der Schmerz, die oft lebenslangen Belastungen für Betroffene und auch ihre Angehörigen sind kein hinnehmbarer Zustand. Zudem leiden Betroffene nicht selten unter gesellschaftlicher Stigmatisierung.

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen ist bekämpfbar, aber nicht mit den wenigen Mitteln und instabilen Strukturen, mit denen wir alle seit Jahren kämpfen.

Mein dringende Bitte an Politik und Verwaltung lautet deshalb: Verstecken sie sich nicht hinter dem Tabu! Stellen Sie sich mit aller Deutlichkeit hinter den umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt! Stellen Sie sicher, dass Betroffene Hilfe und Anerkennung erhalten!

Kinderschutz ist keine Wohltat. Kinderschutz ist eine staatliche Pflichtaufgabe.

Mit der Initiative von Frau Hölling ist Treptow-Köpenick sozusagen Avantgarde bei der Einführung von Schutzkonzepten im kommunalen Bereich. Ich hoffe sehr, dass diesem Beispiel viele andere Bezirke und Kommunen bundesweit folgen werden.

Danke Treptow-Köpenick!

Herzlichen Dank!